

Stephan Lessenich

Was, wenn es viel mehr Positives gäbe?

Zur Verteidigung der Spätkapitalismustheorie gegen den Bekanntesten unter ihren Erneuerern

Was soll man sagen zu diesem Buch? Zu einem Buch, das die akademische Soziologie hierzulande schlagartig zurück in die öffentliche Debatte gebracht hat, das eine renommierte Einrichtung der Max-Planck-Gesellschaft zum wahrnehmbaren Ort wissenschaftlicher Kapitalismuskritik hat werden lassen – und das man, in seiner gelungenen Mischung aus zugespitzter Analyse und politischem Impetus, nicht nur seines beeindruckenden Verkaufs- und Rezeptionserfolgs wegen gerne selber hätte schreiben mögen? Was anderes dazu sagen als ein schlicht-anererkennendes: »*Chapeau!*«?

Die Frage stellt sich zudem in verschärfter Form, weil man vermuten kann und muss, dass die im Laufe des Erscheinungsjahres nur so aus dem Boden zeitdiagnostischer Sehnsucht gesprossenen Kommentare und Kritiken, Rezensionen und Reflexionen eigentlich schon alles gesagt haben, was an Wesentlichem zu Wolfgang Streecks Buch zu sagen wäre. Wenn ich hier dennoch das Wagnis eingehe, all dem Gesagten noch etwas hinzuzufügen, so in der Hoffnung, dass dieses Etwas etwas durchaus Eigenes ist. Diese Hoffnung mag insofern unbegründet sein, als auch schon andere kritische Stellungnahmen an Streecks selbstgesetzten Anspruch angeknüpft haben dürften, »die Finanz- und Fiskalkrise des demokratischen Kapitalismus der Gegenwart im Lichte der Frankfurter Krisentheorien der späten 1960er und frühen 1970er Jahre« (9) zu behandeln. Der folgenden Betrachtung von Streecks Analyse unter dem (mit Weber gesprochen) einseitigen Gesichtspunkt ihrer spätkapitalismustheoretischen Qualitäten kommt aber gewiss in einem engeren Sinne die Eigenheit zu, dass ich seit einiger Zeit selbst mit dem Versuch befasst bin, die besagten neomarxistischen Staats- und Krisentheorien »im Licht von vier Jahrzehnten nachfolgender kapitalistischer Entwicklung zu aktualisieren« (11) (vgl. z.B. Lessenich 2009). Da liegt ein intrinsisches Interesse an dem Werk des Kollegen also durchaus nahe – wie im Übrigen auch die Wahrscheinlichkeit groß ist, an ihm etwas auszusetzen zu haben. Zumindest in dieser Erwartung soll die Leser*in des Beitrags denn auch nicht enttäuscht werden.

Was hier also im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen soll, ist die Diskussion von »Gekaufte Zeit« im Kontext seines Entstehungszusammenhangs, den Frankfurter Adorno-Vorlesungen des Jahres 2012. Auch wenn sich Streeck, der sein Soziologie-Diplom 1972 in Frankfurt erworben hat, gleich zu Beginn des Buches als Nicht-Adornit zu erkennen gibt und damit kokettiert, »theoretisch mit leichtem Gepäck« (17) unterwegs zu sein, verweist er eingangs seiner Analysen doch auf einen doppelten, und sei es bloß mittelbaren Adorno-Bezug: zum einen auf die ihm in Erinnerung gebliebene »tiefe Ernsthaftig-

keit« (7), mit der Adorno seinerzeit Soziologie betrieben habe – »in denkbar starkem Kontrast zu der inneren Gleichgültigkeit, mit der Sozialwissenschaft heute, nach Jahrzehnten ihrer Professionalisierung, nur allzu oft betrieben wird« (7); und zum anderen auf Adornos begründete, von Streeck geteilte Skepsis gegenüber dem Glauben, »dass Krisen immer gut ausgehen müssen« (8). Sollten unzufriedene Leser*innen auf die Idee kommen, ihn nach dem Verbleib des Positiven in seiner Abhandlung zu fragen, so könne er im Geiste Adornos entwaffnend zurückfragen: »Was, wenn es gar nichts Positives gäbe?« (9).

Und in der Tat lässt Streecks Rekonstruktion des Niedergangs des demokratisch-kapitalistischen Nachkriegsregimes wenig Raum dafür, die gesellschaftliche Zukunft positiv zu denken. Dies aber setzt ihn eher in einen Gegensatz zu jenen neomarxistischen Theorien gesellschaftlicher Entwicklung, auf deren Aktualisierung seine Bemühungen zielen. An diese schließt er im allgemeinsten Sinne mit seiner Ausgangsannahme an, dass soziologische Gegenwartsanalyse notwendig Kapitalismusanalyse zu sein habe, »dass die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der reichen Demokratien immer noch eine kapitalistische und deshalb, wenn überhaupt, nur mit Hilfe einer Theorie des Kapitalismus zu verstehen ist« (9) – eine Einsicht, die jedenfalls vom sozialwissenschaftlichen Mainstream »jahrzehntelang vergessen oder für irrelevant gehalten wurde« (9). Dies gilt nicht zuletzt und gerade auch für die in den letzten zwei Jahrzehnten florierende *Varieties of Capitalism*-Forschung, hinter deren zahlreichen erhellenden Erkenntnissen zur Vielfalt kapitalistischer Produktionsregime der soziologische Sinn für den Kapitalismus im Singular – im Sinne einer historisch spezifischen gesellschaftlichen Herrschaftsordnung – effektiv verschwunden war.

Der konkretere Anschluss Streecks bezieht sich auf die Konzeption von Strukturproblemen kapitalistischer Reproduktion bzw. auf die Diagnose struktureller Reproduktionskrisen des fortgeschrittenen Kapitalismus, wie sie für die Spätkapitalismustheorie Frankfurter Provenienz charakteristisch, ja identitätsbildend war: »Viel spricht dafür, dass die neomarxistischen Krisentheorien, wie sie im Frankfurt der 1960er und 1970er Jahre im Umlauf waren, in den Jahrzehnten danach zu Unrecht für widerlegt gehalten wurden« (23) – nicht zuletzt wohl von dem Ex-Frankfurter Streeck selbst, der über die Stationen New York, Münster, Berlin und Madison/Wisconsin ans Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung nach Köln gekommen war, wo (wie schon in seiner Zeit am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) weniger Kritische Theorie und Neomarxismus als vielmehr *Comparative Political Economy* und soziologischer Institutionalismus seine paradigmatischen Inspirationsquellen wurden. Insofern kann und muss Streecks Rekurs auf neomarxistische Theoriebildung als eine persönliche Wiederentdeckung, womöglich auch als Ergebnis einer akademisch-biographischen Rückvergewisserung gelten – und als ein Versuch, diese Ansätze aus dem allgemeinen Vergessen zu befreien und zurück in den sozialwissenschaftlichen Wissensfundus zu holen.

»Charakteristisch für die Krisentheorie der ›Frankfurter Schule‹ war eine heuristische Vermutung eines prinzipiellen Spannungsverhältnisses zwischen dem sozialen Leben einerseits und einer von Imperativen der Kapitalverwertung und Kapitalvermehrung beherrschten Ökonomie andererseits – eines Spannungsverhältnisses, das in der

Nachkriegsformation des demokratischen Kapitalismus auf vielfältige und sich historisch weiter entfaltende Weise durch staatliche Politik vermittelt war« (11).

Aus dieser Theorieanlage heraus ergab sich, dass die neomarxistische Krisentheorie wesentlich auch – und vielleicht zuallererst – eine Staatstheorie war, eine politische Theorie des *double bind* (vgl. Lessenich 2009: 148): eines zwischen widersprüchlichen Anforderungen, nämlich den kapitalistischen Akkumulationserfordernissen auf der einen und demokratischen Legitimationsforderungen auf der anderen Seite, hin- und hergerissenen, eben zugleich kapitalistischen *und* demokratischen Staates. Aus dem strukturellen, gleichsam in die Strukturen des Staates und staatlicher Intervention eingelassenen Spannungsverhältnis – oder sagen wir ruhig: dem Widerspruch – zwischen Kapitalismus und Demokratie folgerten die Theorien des Spätkapitalismus, dass sich diese gesellschaftliche Formation nicht anders als über Krisen vermittelt reproduzieren könne, genauer: über durch interventionistische Staatstätigkeit vermittelte Krisen.

Wolfgang Streecks eigene Deutung der vergangenen vier Jahrzehnte demokratisch-kapitalistischer Gesellschaftsgeschichte als einer Geschichte des staatlichen »Kaufen[s] von Zeit mit Hilfe von Geld« (15) – und letzten Endes einer umfassenden Finanzialisierung des Kapitalismus – knüpft einerseits, was die *Verlaufsform* angeht, an diese Krisentheorie und die von ihr »mehr oder weniger zutreffend« (15) diagnostizierten gesellschaftsstrukturellen Spannungen an.

»Im Rückblick und eingeordnet in eine längere Entwicklungssequenz nämlich erweist sich, was sich auf kurze Sicht immer wieder wie das Ende der Krise ausgenommen haben mag – und damit wie die Widerlegung der jeweils aktuellen Version der Krisentheorie –, als bloßer Wandel der Erscheinungsform der zugrundeliegenden Konflikte und der Integrationsdefizite, die von diesen von Mal zu Mal neu verursacht wurden« (16).

Auch wenn die auf die jeweils vorherigen Krisenphänomene reagierenden politischen Interventionsversuche – die inflationäre Geldpolitik der 1970er-Jahre, die Staatsverschuldung der 1980er, die staatliche Förderung privater Verschuldung in den 1990ern – jedes Mal eine Revitalisierung des Kapitalismus anzustoßen und anzuzeigen schienen, konnten sie doch dessen strukturelle, inhärente Krisenhaftigkeit stets nur mehr oder weniger kurzfristig kaschieren.

»Jeder Sieg über die Krise wurde über kurz oder lang zum Vorspiel einer neuen Krise, durch komplexe und unvorhersehbare Wendungen hindurch, die eine Zeitlang vergessen ließen, dass alle Stabilisierungsmaßnahmen nur provisorisch sein können, solange der Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung [...] mit der Logik der sozialen Lebenswelt zusammenstößt« (16).¹

1 Schon in den 1970er-Jahren traf die Spätkapitalismustheorie mit dem Verweis auf die strukturelle Krisenhaftigkeit des demokratischen Kapitalismus erkennbar einen Nerv der politischen und ökonomischen Eliten: »Ironischerweise brachte das nachfolgende Jahrzehnt sowohl deutliche Krisensymptome des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus als auch den Niedergang der neomarxistischen Krisentheorie mit sich. [...] Das kollektive Aufatmen einer um ihre Deutungshoheit bangenden

Andererseits aber bricht Streeck, was die *Substanzanalyse* betrifft, mit einigen Grundannahmen der Spätkapitalismustheorie – und das, so soll hier behauptet werden, nicht durchweg zum Vorteil seiner Rekonstruktion der demokratisch-kapitalistischen Krisenkonstellation. Die von ihm selbst vorweggenommene und sogleich für irrelevant erklärte Frage, ob und inwieweit diese Rekonstruktion nun »marxistisch« ist oder »neomarxistisch« (17) oder aber nicht-marxistisch, dürfte in diesem Sinne doch von größerer Bedeutung sein. Zwar gilt es Streeck geradezu als intellektuelle Signatur der Zeit, nicht mehr mit Gewissheit sagen zu können, »wo im Bemühen um Aufklärung der laufenden Ereignisse der Nichtmarxismus endet und wo der Marxismus beginnt« (17)². Doch scheint genau diese Scheidelinie durchaus eine Rolle für die Frage der Rezeption der neomarxistischen Ansätze der späten 1960er und frühen 70er Jahre zu spielen – und vor allem für die Frage, was Streeck von diesen *nicht* in seine eigene Analyse aufnimmt.

Was in »Gekaufte Zeit« eingeht, ist eine recht einseitige – nämlich stark habermaszenzentrierte – Lektüre jener spätkapitalismustheoretischen Ansätze, »die einen besseren intuitiven Zugang als andere zu der politischen und ökonomischen Dramatik jener Zeit« (24) hatten. Nur so lässt sich jedenfalls Streecks auf diese Ansätze gemünzte Problemdiagnose verstehen, wonach sie »die Selbstbeschreibung der kapitalistischen Wirtschaft der ›Goldenen Jahre‹« (24) insofern übernommen hätten, als ihnen zweifelhaft »nicht die politische *Steuerbarkeit* des modernisierten Kapitalismus, sondern seine gesellschaftliche und kulturelle *Legitimierbarkeit*« (24, Hervorhebung im Original) erschienen sei: »Die materielle Reproduktion der kapitalistischen Industriegesellschaft schien somit gesichert, die ökonomische Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung überwunden« (36). Dies könnte man so sicher nicht behaupten, wenn man der Rezeption statt Jürgen Habermas' »Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus« (1973) – oder besser: ergänzend dazu – die kapitalismusanalytisch deutlich differenzierteren und avancierteren »Strukturprobleme des kapitalistischen States« (1972) von Claus Offe zugrunde legen würde (vgl. Borchert/Lessenich 2006). Zwar diagnostiziert auch Offe, wie Habermas, eine Tendenz zur Verschiebung des sozialen Konflikts vom ökonomischen ins politische System, von den betrieblichen Arbeitskämpfen zu den neuen sozialen Bewegungen – aber ausgelöst werde diese Verschiebung gerade durch eine die ökonomische Gesamtverantwortung (Stichwort »Globalsteuerung«) übernehmende Staatsadministration, deren Instrumentarium zur Krisenregulierung »kategorial erschöpft« (Offe 1972: 24) sei.

Genau diese Annahme einer kategorialen Erschöpfung der institutionalisierten Möglichkeiten, um die Widersprüchlichkeiten demokratisch-kapitalistischer Vergesellschaftung

Mainstream-Sozialwissenschaft war kaum zu überhören – hatte man doch fast selbst schon geglaubt, dass etwas dran sei am »Krisengerede«, wie man von nun an wieder sagen durfte.« (Borchert/Lessenich 2004: 564, H.i.O.) Eine ähnliche Konstellation wiederholte sich hierzulande in den Jahren 2008ff. (vgl. Schirrmacher 2011).

- 2 Dass diese Grenzziehung in den vergangenen Jahrzehnten, jedenfalls in Deutschland, die Grundlage für massive wissenschaftliche Schließungsprozesse abgegeben hat, wird von Streeck durchaus anerkannt (vgl. 17, Fn. 11). Die damit zugleich einhergehenden akademisch-sozialen Ausschlussprozesse, die von der Spätkapitalismustheorie mit der Selektivität politischer Institutionen erklärt werden würden, thematisiert er allerdings nicht.

tung dauerhaft zu bewältigen – also gerade die strukturellen Probleme einer politischen Steuerung, die »Krisen des Krisenmanagements« (Offe 1973) der kapitalistischen Ökonomie –, waren ja der analytische und theoriestrategische Grund für die damals von liberal-konservativer Seite wahlweise skandalisierte oder verhöhnende Entscheidung, diese spezifische politisch-ökonomische Formation als »Spätkapitalismus« zu bezeichnen. Interessanterweise war die Erschöpfungsthese allerdings insofern eine Fehldiagnose, als gerade die politisch organisierte und administrierte Finanzialisierung des Kapitalismus durchaus als eine Erweiterung des krisenbewältigenden bzw. -verdrängenden und -vertagenden Instrumentenkastens des kapitalistischen Staates verstanden werden kann. Und im Zuge des gegenwärtigen Krisenzyklus zeigt sich ja faktisch *beides*: dass auch durch diese, vorläufig letzte Steuerungsvolte wiederum nur Zeit gekauft wurde; und dass sich die Kriseneffekte und sozialen Konflikte des Finanzmarktkapitalismus tatsächlich, ganz im Sinne der Spätkapitalismustheorie, recht effektiv ins politische System verlagert haben, das sich seither mit massiven »Staatsschuldenkrisen«, einer nie dagewesenen Eskalationsstufe der »fiscal crisis of the state« (O'Connor 1973), sowie einer neuerlichen Konjunktur der hemmungslos ideologisch-interessierten Staatskritik der vereinigten Politikberatungsökonomien aller Länder herumzuschlagen hat.

Womit Streeck allerdings zunächst richtig liegt, ist seine Kritik an der spätkapitalismustheoretischen These, wonach sich die kapitalistische Widerspruchskonstellation von einer soziologischen (klassenpolitischen) in eine systemlogische (funktionspolitische) gewandelt habe, in der sich nicht mehr Kapital und Arbeit als Fleisch gewordene soziale Antagonisten gegenüberstünden, sondern Kapitalismus und Demokratie als widersprüchliche Signale aussendende – nämlich prinzipiell unvereinbare ökonomische Erfordernisse und politische Forderungen signalisierende – Funktionssysteme. Indem die neomarxistischen Theorien auf diese Weise »das Kapital als politischen Akteur und strategiefähige gesellschaftliche Macht« (24) unterschätzten, verzichteten sie »zu ihrem Nachteil auf ein Kernstück des Erbes der Marxschen politischen Ökonomie« (24).³ Dass die »Frankfurter Krisentheorien der 1970er Jahre [...] das Kapital als Apparat und nicht als Agentur, als Produktionsmittel statt als Klasse behandelten« (43f.) und daher ihre Rechnung gleichsam ohne den Wirt machen mussten, stimmt zwar in dem Sinne, dass die entsprechenden Theorien auf die Durchkreuzung des klassischen Antagonismus von Arbeit und Kapital durch staatlich induzierte klasseninterne Ungleichheitsstrukturen⁴ hinweisen wollten – und dabei von der Vorstellung eines einheitlichen Klassenhandelns

3 »In den Theorien der Zeit trat die Wirtschaft als Mechanismus an die Stelle des Kapitals als Klasse« (37). Damit bezieht sich Streeck implizit auf Offes systemtheoretische Grundierung der Spätkapitalismustheorie – womit aber wiederum seine offenbar auf Habermas' Kolonialisierungsthese abzielende, doch generalisierend geäußerte Problematisierung, für die Frankfurter Krisentheorien habe »die Bruchstelle des Kapitalismus nicht mehr [...] bei der System-, sondern bei der Sozialintegration« (39) gelegen, problematisch wird.

4 Vgl. Offe (2006 [1969]: 47) zu der These, »daß im staatlich regulierten Kapitalismus nicht mehr der globale Konflikt zwischen Klassen das dynamische Zentrum sozialen Wandels darstellt; es wird zunehmend überlagert von einem ›horizontalen‹ Schema der Ungleichheit, der Disparität von Lebensbereichen.«

abrückten. Der »eigentümliche[n] Leblosigkeit des Kapitals« (44) bei den Theoretikern des Spätkapitalismus⁵ steht allerdings im Falle Streecks eine merkwürdige Uniformität des Klassen-, zumal des Kapitalinteresses gegenüber.

Streecks quasi als Gegenbewegung betriebene akteurstheoretische Wiedereinsetzung der Kapitalinteressen in ihr geschichtsmächtiges Recht bleibt, weil letztlich zu schlicht-manichäisch konstruiert, analytisch unbefriedigend. Denn »wo real eine Vielfalt herrscht, konstruiert Streeck zwei ›Völker‹ – Staats- oder Marktvolk –, die sich feindlich gegenüberstehen wie im orthodoxen Marxismus Arbeit und Kapital. Sie repräsentieren für ihn ›Demokratie‹ und ›Kapitalismus‹« (Brie 2013: 65).⁶ Diese recht schematisch anmutende, homogenisierende Gegenüberstellung ermöglicht es ihm zum einen, den der neomarxistischen Theorie unterstellten Ausschluss der Möglichkeit, »dass es das Kapital sein könnte und nicht die Arbeit, das dem demokratischen Kapitalismus [...] die Legitimation aufkündigen würde« (44f.), mit der These zu konterkarieren, dass es eben die Träger von Kapitalinteressen – und nur sie – gewesen seien, die in den letzten Jahrzehnten Geschichte gemacht hätten. Zum anderen verdunkelt die Annahme einer kapitalseitigen Kündigung der Geschäftsgrundlagen des demokratischen Kapitalismus der Nachkriegszeit im Effekt die strukturellen Widersprüche, die auch schon in die staatlich vermittelte »soziale Marktwirtschaft« der 1950er und 60er Jahre eingelagert waren. Wenn Streeck diesem »goldenen Zeitalter« retrospektiv eine funktionierende und der zukünftigen Wiederbelebung würdige politische Ausbalancierung von kapitalistischen (»Marktvolk«) und demokratischen (»Staatsvolk«) Interessen attestiert, so fällt er im Grund genommen selbst hinter seine theoriepolitische Reverenz an die frühen Spätkapitalismusanalysen zurück – so als ließe sich zukünftig irgendwie doch ein stabiles Gleichgewicht von Kapitalismus und Demokratie finden.

Nichts anderes suggeriert jedenfalls die – irreführender Weise mit »Kapitalismus oder Demokratie« (235, Hervorhebung S.L.) überschriebene – Passage, in der Wolfgang Streeck die demokratiepolitische Devise aus gibt,

»die von vier Jahrzehnten neoliberalen Fortschritts angerichteten institutionellen Verheerungen rückgängig zu machen und die Reste jener politischen Institutionen so gut wie möglich zu verteidigen und instand zu setzen, mit deren Hilfe es vielleicht gelingen könnte, Marktgerechtigkeit durch soziale Gerechtigkeit zu modifizieren oder gar zu ersetzen« (236).

Wie ein solches Gleichgewichtsmodell von Staat und Markt mit der von Streeck adaptierten Theorie eines strukturellen, in wechselnden Erscheinungsformen sich aktualisierenden

5 Von der man allerdings auch nur dann reden können, wenn man etwa Nicos Poulantzas' Vorstellung vom Staat als materielle Verdichtung von klassenpolitischen Kräfteverhältnissen ausblendet bzw. die gesamte an Poulantzas anschließende materialistische Staatstheorie der 1970er Jahre (vgl. Esser 1975) aus der »Frankfurter Schule« ausgemeindet.

6 »In Wirklichkeit aber sind es ›Rollen‹ oder ›Charaktermasken‹ (Marx). Teils sind es Seelen in einer Brust, teils befinden sich Akteure eher auf dem einen oder anderen Pol« (Brie 2013: 65).

den und krisenhaft zuspitzenden, allenfalls notdürftig zu entschärfenden Spannungsverhältnisses zwischen beiden Prinzipien zusammengehen soll, muss dabei offen bleiben.⁷

Was an Streecks kritischer Wiederaufnahme neomarxistischer Krisentheorien des Spätkapitalismus schließlich besonders irritiert, ist die Wiederholung dessen, was man wohl als deren Kardinalfehler bezeichnen kann: nämlich die Funktionserfordernisse der Demokratie bzw. die Ansprüche der Bürger*innen nicht im selben Maße ernst zu nehmen wie jene des Kapitalismus und der Kapitalinteressen, indem das demokratische Satisfaktionsniveau auf die Herstellung von »Massenloyalität« (26; vgl. Narr/Offe 1975) reduziert wird. Während für Streeck mit der staatlichen Bedienung der Interessen der »Klasse der ›Profitabhängigen« (26) die Sache des demokratischen Kapitalismus steht und fällt und die Vertrauensbeweise des Kapitals der berühmt-berüchtigten Dynamik des scheuen Rehs folgen, scheint die Anspruchshaltung »der kapitalabhängigen Bevölkerung« (47, Hervorhebung im Original) geringer und ihr Anforderungsprofil – Versorgung mit Arbeit und/oder Konsum – schlichter zu sein. Vielleicht ist es ein Strukturmerkmal politökonomischer Gesellschaftsanalysen, dass in ihnen »kapitalistische Erwartungen eines *just return*« ((47), Hervorhebung im Original) als ungleich gewichtiger eingeschätzt werden denn entsprechende demokratische Ansprüche auf Befriedigung moralökonomischer Interessen. Zu den historisch wiederkehrenden Legitimationsproblemen sei es, so Streeck, »nicht in erster Linie bei den Massen, sondern beim Kapital« (27) gekommen: »Nicht die Massen waren es, die dem Kapitalismus der Nachkriegszeit die Gefolgschaft versagten und ihm dadurch ein Ende setzten, sondern das Kapital in Gestalt seiner Organisationen, Organisatoren und Eigentümer« (41).

Dabei hat sich in den letzten fünf Jahren nicht nur das »Unbehagen ›des Kapitals‹ an der Demokratie« (47) Bahn gebrochen, sondern durchaus auch ein Unbehagen der »Massen« am Kapitalismus gregt. Wer wollte, der konnte in dieser Zeit nicht nur

»beobachten, wie eine zutiefst gespaltene und desorganisierte Gesellschaft, geschwächt durch staatliche Repression und betäubt von den Produkten einer Kulturindustrie, wie sie sich Adorno nicht einmal in seinen pessimistischsten Momenten hätte vorstellen können, von einer in weltumspannenden Unternehmen organisierten Plutokratie in Schach gehalten wurde« (217)

– sondern auch, wie die Gesellschaft zu wie auch immer dezentralen, unterorganisierten und kulturindustriell verunreinigten Gegenbewegungen angehoben hat, die demokratische Gestaltungsansprüche gegen kapitalistische Realitätszwänge in Anschlag bringen. Was diese sozialen Gegenbewegungen politisch anzweifeln und durchkreuzen, ist die in Streecks Darstellung gesellschaftlich allein verbleibende Wahl zwischen einem entdemokratisierten Kapitalismus und einer renationalisierten Demokratie.

Damit wäre Streecks rhetorische Frage nach dem Positiven zunächst empirisch beantwortet – zumindest in dem Sinne, dass, wenn man näher hinschaut, es durchaus gesellschaftliche Antworten auf die »hayekianische ›Transformation der Demokratie‹« (217)

7 Vgl. zur strukturanalogen Problematik auch das neue Werk von Colin Crouch (2013) – entsprechende Ähnlichkeiten zwischen beiden Theorieentwürfen dürften nicht zufällig sein.

gibt, und zwar keineswegs nur solche populistischer, anomischer oder gewalttätiger Art.⁸ Sie ist aber auch theoretisch zu beantworten – mit den Mitteln einer Spätkapitalismustheorie, die gerade in den unvermeidbaren, regulierungsstaatlich weder definitiv aufzulösenden noch effektiv einzuhegenden Widersprüchen des demokratisch-kapitalistischen Arrangements die Quellen für eine emanzipatorische Politik »von unten« ausmacht. Streeck sieht uns heute »womöglich tatsächlich in der Spätzeit der politisch-ökonomischen Formation der Nachkriegsperiode leben – einer Spätzeit, die in den damaligen Krisentheorien, wenn auch in anderer Form, antizipiert und sogar herbeigewünscht worden war« (26f.). Allerdings stellt sich ihm diese Spätzeit weniger als ein Ende des Kapitalismus dar als das der »Demokratie, wie wir sie kennen« (27) – der »Spätkapitalismus«-Diagnostik der frühen 1970er Jahre setzt er gewissermaßen eine aktuelle »Spätdemokratie«-Diagnose entgegen.

Dabei könnte selbst noch im intellektuellen Anschluss an Adorno durchaus mehr Sinn für das Positive entwickelt werden, als Streeck dies zugestehen möchte. Eine solch struktur- und kulturoptimistische Lesart müsste sich in positiver Weise auf die kritisch-theoretische Diagnose einer »in irrem Widerspruch zum Möglichen« (Adorno 1969: 22) stehenden Ausschöpfung der in die kapitalistische Formation eingelagerten Potenziale emanzipatorischer gesellschaftlicher Entwicklung beziehen. Und sie müsste nicht zuletzt mit Adorno auf die Karte der guten alten Ideologiekritik setzen: »So undurchdringlich der Bann, er ist nur Bann« (Adorno 1969: 26). Den man prinzipiell auch bannen kann.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1969): »Einleitungsvortrag zum 16. Deutschen Soziologentag«. In: *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages vom 8. bis 11. April 1968 in Frankfurt/M.* Im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie herausgegeben von Theodor W. Adorno. Stuttgart: Enke, S. 12-26.
- Borchert, Jens/Lessenich, Stephan (2004): »Spätkapitalismus« revisited: Claus Offes Theorie und die adaptive Selbsttransformation der Wohlfahrtsstaatsanalyse«. In: *Zeitschrift für Sozialreform* 50 (6), S. 563-583.
- Borchert, Jens/Lessenich, Stephan (2006): »Lang leben die ›Strukturprobleme!‹ Einleitung zur Neuauflage«. In: Offe, Claus: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie.* Veränderte Neuausgabe herausgegeben und eingeleitet von Jens Borchert und Stephan Lessenich. Mit einem Vor- und Nachwort von Claus Offe. Frankfurt/New York: Campus, S. 11-22.
- Brie, Michael (2013): »Vorwärts in die Vergangenheit? Wolfgang Streecks verfehltete Wiederentdeckung der marxistischen Kapitalismuskritik«. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2013, S. 59-70.

8 Streecks Blickverengung auf eine politische Strategie, die darauf setzt, »die verbliebenen Reste des Nationalstaats so weit provisorisch instand zu setzen, dass sie zur Entschleunigung der rasch vorschreitenden kapitalistischen Landnahme genutzt werden können« (255), führt nicht zuletzt zur Ausblendung all jener antineoliberalen Gegenbewegungen, die aus dem globalen Süden kommen – und in dem Maße zunehmend kommen werden, wie die Kritik der »monetären Erzeugung von Wachstums- und Wohlstandsillusionen« (74) als Kritik der Ressourcenillusion kapitalistischer Wachstumsökonomien eine ungeahnte Kraft und Tragweite entwickeln wird.

- Crouch, Colin (2013): *Making Capitalism Fit for Society*. Cambridge: Polity.
- Esser, Josef (1975): *Einführung in die materialistische Staatsanalyse*. Frankfurt/New York: Campus.
- Habermas, Jürgen (1973): *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lessenich, Stephan (2009): »Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft«. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa Hartmut: *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*. Unter Mitarbeit von Thomas Barth. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 126-177.
- Narr, Wolf-Dieter/Offe, Claus (1975): »Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität«. In: Narr, Wolf-Dieter/Offe, Claus (Hg.): *Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität*. Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 9-46.
- O'Connor, James (1973): *The Fiscal Crisis of the State*. New York: St. Martin's Press.
- Offe, Claus (1972): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Offe, Claus (1973): »Krisen des Krisenmanagements«. Elemente einer politischen Krisentheorie«. In: Jänicke, Martin (Hg.): *Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 197-223.
- Offe, Claus (2006 [1969]): »Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme«. In: Offe, Claus: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie*. Veränderte Neuausgabe herausgegeben und eingeleitet von Jens Borchert und Stephan Lessenich. Mit einem Vor- und Nachwort von Claus Offe. Frankfurt/New York: Campus, S. 23-50.
- Schirmmacher, Frank (2011): »Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat«. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.8.2011. [<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buergerliche-werte-ich-beginne-zu-glauben-dass-die-linke-recht-hat-11106162.html>].

Anschrift:

Stephan Lessenich
Institut für Soziologie
Arbeitsbereich Vergleichende Gesellschafts- und Kulturanalyse
Friedrich-Schiller-Universität Jena
07737 Jena
Stephan.Lessenich@uni-jena.de